

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

6 — 31109 — 5885/62 III

Bonn, den 5. November 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
27. März 1961 zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und dem Königreich Griechen-
land über die Förderung und den gegensei-
tigen Schutz von Kapitalanlagen

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Wortlaut des Vertrages sowie das Protokoll und der Briefwechsel vom 27. März 1961 in deutscher und griechischer Sprache und eine Denkschrift hierzu sind beigefügt.

Federführend sind die Bundesminister für Wirtschaft und des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 249. Sitzung am 26. Oktober 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 27. März 1961
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Griechenland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Athen am 27. März 1961 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll und den Briefwechseln vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf steuerliche Vorschriften bezieht.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

•

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Griechenland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Συμφωνία
μεταξύ τῆς Ὁμοσπόνδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας
καὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος
περὶ προαγωγῆς καὶ ἀμοιβαίας προστασίας ἐπενδυομένων κεφαλαίων

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DAS KONIGREICH GRIECHENLAND

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Vertragsstaaten zu vertiefen, in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates zu schaffen, und

IN DER ERKENNTNIS, daß ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

(1) Jeder Vertragsstaat wird in seinem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates in Übereinstimmung mit seinen Rechtsvorschriften zulassen, sie nach Möglichkeit fördern und die Erteilung von erforderlichen Genehmigungen wohlwollend erwägen.

(2) Kein Vertragsstaat darf Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates stehen, in seinem Hoheitsgebiet ungünstiger behandeln als gleichartige Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder gleichartige Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 2

Kein Vertragsstaat wird die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates hinsichtlich ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung, soweit sie im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet ausgeübt wird, und hinsichtlich der Verwaltung, des Gebrauchs und der Nutzung ihrer Kapitalanlagen in seinem Hoheitsgebiet ungünstigeren Bedingungen unterwerfen als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten hinsichtlich einer gleichartigen beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragsstaates genießen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragsstaates dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates nur zum allgemeinen Wohl

Ἡ ΟΜΟΣΠΟΝΔΟΣ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ
καὶ
ΤΟ ΒΑΣΙΛΕΙΟΝ ΤΗΣ ΕΛΛΑΔΟΣ

ΕΝ ΤΗ ΕΠΙΘΥΜΙΑ ὅπως ἐνισχύσουν τὴν οἰκονομικὴν συνεργασίαν μεταξύ τῶν δύο συμβαλλομένων χωρῶν,

Ἐν τῇ ἐπιδιώξει ὅπως δημιουργήσουν εὐνοϊκὰς συνθήκας διὰ τὰς ἐπενδύσεις κεφαλαίων τῶν ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου κράτους ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἐτέρου,

ΕΝ ΤΗ ΕΠΙΓΝΩΣΕΙ ὅτι συμβατικὴ προστασία τῶν ἐπενδύσεων τούτων εἶναι πρὸς φῶρον διὰ τὴν ἀνάπτυξιν τῆς ἰδιωτικῆς οἰκονομικῆς πρωτοβουλίας καὶ τὴν ἐπαύξησιν τῆς εὐημερίας ἀμφοτέρων τῶν λαῶν,

ΠΡΟΕΒΗΣΑΝ ΕΙΣ ΤΗΝ ΑΚΟΛΟΥΘΟΝ ΣΥΜΦΩΝΙΑΝ:

Ἄρθρον 1ον

1) Ἐκάτερον τῶν συμβαλλομένων κρατῶν θὰ ἐπιτρέπη εἰς τὴν ἰδίαν του ἐπικράτειαν, ἐπὶ τῇ βάσει τῶν ἐν αὐτῇ ἰσχυουσῶν νομικῶν διατάξεων, ἐπενδύσεις κεφαλαίων, ἐνεργουμένας ὑπὸ ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τοῦ ἐτέρου, θὰ προάγῃ ταύτας κατὰ τὸ μέτρον τοῦ δυνατοῦ καὶ θὰ ἐξετάξῃ εὐμενῶς τὴν χορήγησιν τῶν ἀναγκαίουσῶν ἐγκρίσεων.

2) Τὰ συμβαλλόμενα μέρη ὑποχρεοῦνται ὅπως μὴ ὑποβάλλουν τὰς ἐπενδύσεις κεφαλαίων, αἱ ὁποῖαι ἀνήκουν κατ' ἰδιοκτησίαν ἢ ὑπόκεινται εἰς τὴν ἐπιτροπὴν ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τοῦ ἐτέρου κράτους, εἰς μεταχείρισιν δυσμενεστέραν ἐκείνης, τῆς ὁποίας ἀπολαμβάνουν ὅμοιαι ἐπενδύσεις τῶν ἰδίων τοῦ ἐν λόγῳ κράτους ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν, ἢ ὅμοιαι ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τρίτων κρατῶν.

Ἄρθρον 2ον

Ἐκάτερον τῶν συμβαλλομένων κρατῶν δὲν θέλει ὑποβάλλει τοὺς ὑπηκόους ἢ τὰς ἐταιρείας τοῦ ἐτέρου ἀναφορικῶς πρὸς τὴν ἐπαγγελματικὴν καὶ οἰκονομικὴν των δρασίαν, ἀσκομένην ἐν συσχετίσει πρὸς ἐπενδύσεις κεφαλαίων ἐν τῷ ἰδίῳ του ἐδάφει, ὡς καὶ ἀναφορικῶς πρὸς τὴν διαχείρισιν, τὴν χρῆσιν καὶ τὴν κάρπωσιν τῶν ἐπενδυθέντων κεφαλαίων των, ἐν τῷ ἐδάφει του, εἰς ὅρους δυσμενεστέρους ἐκείνων, εἰς οὓς ὑπόκεινται οἱ ἴδιοι του ὑπήκοοι ἢ ἐταιρεῖαι ἢ οἱ ὑπήκοοι ἢ ἐταιρεῖαι τρίτων χωρῶν ἐν σχέσει πρὸς ὅμοιαν ἐπαγγελματικὴν ἢ οἰκονομικὴν δραστηριότητα.

Ἄρθρον 3ον

1) Ἐπενδύσεις κεφαλαίων ἐνεργουμένας ὑπὸ ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου κράτους ἀπολαμβάνουν ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἐτέρου πλήρως προστασίας καὶ ἀσφαλείας.

2) Ἐπενδύσεις κεφαλαίων ὑπηκόων καὶ ἐταιρειῶν συμβαλλομένου κράτους εἰς τὴν ἐπικράτειαν τοῦ ἐτέρου ἐπιτρέπεται νὰ ἀπαλλοτριωθῶνται μόνον χάριν δημοσίας ὠφελείας καὶ ἐναντι ἀπο-

und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlagen entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie nach den Rechtsvorschriften eines jeden Vertragsstaates entweder im voraus oder mindestens unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Über die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung muß in einem ordentlichen Gerichtsverfahren entschieden werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften eines Vertragsstaates, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution oder Aufruhr im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Verluste an dort belegenen Kapitalanlagen erleiden, werden von diesem Vertragsstaat hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen oder sonstigen Entschädigungen nicht ungünstiger behandelt als seine eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften. Hinsichtlich des Transfers solcher Leistungen sichern sich die Vertragsstaaten zu, die Ansprüche von Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates nicht ungünstiger zu behandeln als entsprechende Ansprüche von Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für Erträge von Kapitalanlagen.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten An gelegenheiten genießen die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines Vertragsstaates auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jeder Vertragsstaat gewährleistet den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates den Transfer des Kapitals und der Erträge sowie im Falle der Liquidation den Transfer des Erlöses.

Artikel 5

Wird ein Vertragsstaat aus einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage in Anspruch genommen, so ist er unbeschadet seiner Rechte aus Artikel 11 befugt, zu den Bedingungen seines Rechtsvorgängers die Rechte wahrzunehmen, die auf ihn kraft Gesetzes übergegangen oder von dem Rechtsvorgänger übertragen worden sind (übergegangene Ansprüche). Für den Transfer der auf Grund der übergegangenen Ansprüche an den Vertragsstaat zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Abs. (2), (4) und (5) und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht abweichende, von den zuständigen Stellen des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelungen getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Abs. (2), (3) und (4), nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in einem Vertragsstaat im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz (2), so wird der amtliche Kurs angewandt, den

ζημιώσεως. Η απόζημιώσις πρέπει να ανταποκρίνεται εις την αξίαν των απαλλοτριουμένων επενδύσεων κεφαλαίων, να είναι πράγματι διαθέσιμος, ελευθέρα προς εξαγωγήν και να καταβάλλεται επί τη βάσει της νομοθεσίας εκάστου των συμβαλλομένων κρατών προηγουμένως ή τουλάχιστον άνευ υπαιτίου βραδύτητος. Το βραδύτερον κατά το χρονικόν σημείον της απαλλοτριώσεως πρέπει να έχη ληφθῆ καταλλήλως πρόνοια διὰ τὸν καθορισμὸν καὶ τὴν παροχὴν τῆς ἀποζημιώσεως. Ὅφειλει νὰ παρέχῃται ἡ εὐχέρεια ὅπως ἡ νομιμότης τῆς ἀπαλλοτριώσεως καὶ τὸ ποσὸν τῆς ἀποζημιώσεως κρίνεται ἐν τακτικῇ δικαστικῇ διαδικασίᾳ.

3) Ὑπήκοοι ἢ ἑταιρεῖαι τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου κράτους, τῶν ὁποίων επενδύσεις κεφαλαίων ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἐτέρου ὑφίστανται ἐκεῖ ζημίας προκαλουμένας ἐκ πολεμικῶν γεγονότων, ἐνόπλων συρράξεων, ἐπαναστάσεων ἢ ταραχῶν, θὰ τυγχάνουν ἐκ μέρους τοῦ κράτους τούτου ἐν σχέσει πρὸς τὴν ἀπόδοσιν περιουσιακῶν στοιχείων, τοὺς συμβατικoὺς διακανονισμοὺς ἢ τὰς ἀποζημιώσεις πάσης κατηγορίας, μεταχειρίσεως ὄχι δυσμενεστέρας ἐκείνης, ἣς τυγχάνουν οἱ ἴδιοι αὐτοῦ ὑπήκοοι ἢ ἑταιρεῖαι. Ἀναφορικῶς πρὸς τὴν μεταβίβασιν τιοῦτων παροχῶν πρὸς τὸ ἐξωτερικόν (TRANSFER), τὰ συμβαλλόμενα μέρη ὑπόσχονται ἀμοιβαίως ὅπως μὴ ὑποβάλλουν τὰς ἀπαιτήσεις τῶν ὑπάρχων καὶ ἑταιρειῶν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου κράτους εἰς μεταχειρίσιν δυσμενεστέραν ἐκείνης, ἣς τυγχάνουν ἀντίστοιχοι ἀξιώσεις ὑπηκόων ἢ ἑταιρειῶν τρίτων κρατῶν.

4) Αἱ παράγραφοι 1, 2 καὶ 3 ἰσχύουν καὶ διὰ τὰ εἰσοδήματα ἐξ επενδυομένων κεφαλαίων.

5) Ἀναφορικῶς πρὸς τὰ θέματα τὰ ρυθμιζόμενα ἐν τῷ παρόντι ἄρθρῳ, οἱ ὑπήκοοι καὶ αἱ ἑταιρεῖαι τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου κράτους ἀπολαμβάνουν, ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἐτέρου, τῆς μεταχειρίσεως τῆς παρεχομένης εἰς τὸ μᾶλλον εὐνοοῦμενον κράτος.

Ἄρθρον 4ον

Ἐκάστον ἐκ τῶν συμβαλλομένων κρατῶν ἐγγυᾶται εἰς τοὺς ὑπηκόους καὶ τὰς ἑταιρείας τοῦ ἐτέρου, τὴν μεταφορὰν εἰς τὸ ἐξωτερικόν (TRANSFER) τοῦ κεφαλαίου καὶ τῶν εἰσοδημάτων ὡς καὶ, εἰς περιπτώσιν ἐκκαθαρίσεως, τὴν μεταβίβασιν τοῦ προϊόντος ταύτης.

Ἄρθρον 5ον

Εἰς τὴν περίπτωσιν προβληθῆ ἐναντίον συμβαλλομένου κράτους ἀξιώσεις ἐκ παρασχεθείσης ἐγγυήσεως δι' ἐπένδυσιν κεφαλαίων, τοῦτο ἔχει τὴν εὐχέρειαν, ὅπως, μὴ παραβλαπτομένων τῶν ὑπὸ τοῦ ἄρθρου 11 δικαιωμάτων του, ἀσκήσῃ, ὅς' οὐς καὶ οἱ δικαιούχοι του ὄρους, τὰς ἀξιώσεις αὐτῶν, αἱ ὁποῖαι, ἢ τῷ περιήλθον δυνάμει τοῦ νόμου, ἢ τῷ μεταβιβάζονται παρὰ τούτων. Διὰ τὴν μεταφορὰν πρὸς τὸ ἐξωτερικόν (TRANSFER) τῶν ἐκ τῶν μεταβιβαζομένων τούτων πρὸς τὴν ἀντισυμβαλλομένην χώραν ἀξιώσεων πληρωμῶν, ἰσχύουν ἀναλόγως τὰ ἄρθρα 3 παρ. 2, 4 καὶ 5 ὡς καὶ τὸ ἄρθρον 4.

Ἄρθρον 6ον

1) Ἐὰν οἱ ἐνδιαφερόμενοι δὲν ἔχουν προβῆ εἰς διάφορον ρύθμισιν, ἐπιτρεπομένην ὑπὸ τῶν ἀρμοδίων Ἀρχῶν τοῦ κράτους ἐν ᾧ αἱ επενδύσεις κεφαλαίων, αἱ μεταφοραὶ πρὸς τὸ ἐξωτερικόν, συμφώνως πρὸς τὸ ἄρθρον 3, παρ. 2, 3 ἢ 4, τὸ ἄρθρον 4 ἢ τὸ ἄρθρον 5, λαμβάνουν χώραν ἀμελητέα καὶ ἐπὶ τῇ βάσει τῆς τιμῆς συναλλάγματος, ἡ ὁποία ἰσχύει διὰ τρεχούσας συναλλαγὰς κατὰ τὴν ἡμέραν τῆς μεταβιβάσεως.

2) Ἡ διὰ τρεχούσας συναλλαγὰς ἰσχύουσα τιμὴ συναλλάγματος βασιζέται ἐπὶ τοῦ ἀκριβοῦς σημείου (PAR VALUE) τῆς ἰσοτιμίας τῆς συμφωνημένης μετὰ τοῦ Διεθνoῦς Νομισματικοῦ Ταμείου καὶ ὀφείλει νὰ τηρῆται ἐντὸς τῶν κατὰ τὸ ἄρθρον IV ἔδαρ. 3 τῆς συνθήκης περὶ Διεθνoῦς Νομισματικοῦ Ταμείου ἐπιτρεπομένων περιθωρίων διακυμάνσεων ἐκατέρωθεν τῆς ἰσοτιμίας (PARITY).

3) Ἐὰν ἐν συμβαλλομένῳ κράτει δὲν ὑφίσταται κατὰ τὸ χρονικόν σημείον τῆς μεταφορᾶς τιμὴ συναλλάγματος ὑπὸ τὴν ἐνοῦσαν τῆς παρ. 2, ἰσχύει ἡ ἐπίσημος τιμὴ, τὴν ὁποῖαν ἢ ἐν

dieser Vertragsstaat für seine Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates eine günstigere Behandlung als nach diesem Verträge zu gewähren ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt. Jeder Vertragsstaat wird jede andere Verpflichtung einhalten, die er in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Staates in seinem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
- e) Konzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage im Rahmen einer erteilten Genehmigung unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf das Königreich Griechenland: Griechen im Sinne der Verfassung und der Gesetze Griechenlands.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet eines der Vertragsstaaten hat und nach dessen Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Dieser Vertrag bezieht sich auch auf Kapitalanlagen, die Staatsangehörige und Gesellschaften des einen Vertragsstaates in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates in dessen Hoheitsgebiet vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen haben.

λόγω χώρας εφαρμόζει διά τὸ νόμισμά της, ἐν σχέσει πρὸς τὸ δολλάριον τῶν Ἰνωμένων Πολιτειῶν ἢ ἐν σχέσει πρὸς ἄλλο ἐπιθέρως μετατρέψιμον νόμισμα ἢ πρὸς τὸν χρυσόν. Ἐὰν δὲν ὑφίσταται οὕτε τοιαύτη τιμὴ, τότε αἱ ἀρμόδιαι Ἀρχαὶ τῆς συμβαλλομένης χώρας, ἐν ἣ ἡ ἐπένδυσις τῶν κεφαλαίων, θὰ εφαρμόζουν τιμὴν μετατροπῆς δικαίαν κατ' ἐπιεικῆ κρίσιν.

Ἄρθρον 7ον

Ἐὰν προκύπτῃ ἐκ νομικῶν διατάξεων συμβαλλομένου κράτους, ἢ ἐπὶ τῇ βάσει ὑποχρεώσεων διεθνῶς δικαίου, αἱ ὁποῖαι ὑφίστανται μετὰ τῶν συμβαλλομένων κρατῶν, ἐκ παραλλήλου πρὸς τὴν παροῦσαν συμφωνίαν, ἢ θὰ τεθῶν μελλοντικῶς εἰς ἰσχύν, ρύθμισις, δι' ἧς παρέχεται εἰς τὰς ἐπενδύσεις κεφαλαίων ὑπηκόων ἢ εταιρειῶν τοῦ ἐτέρου μεταχείρισις εὐνοικωτέρα, ἢ κατὰ τὴν παροῦσαν συμφωνίαν ἢ ρύθμισις αὕτη δὲν θίγεται παρ' αὐτῆς. Ἐκείτερον ἐκ τῶν συμβαλλομένων κρατῶν θὰ τηρῇ πᾶσαν ἄλλην ὑποχρέωσιν, τὴν ὁποῖαν ἔχει ἀναλλάβει ἐν σχέσει πρὸς ἐπενδύσεις κεφαλαίων ὑπηκόων ἢ εταιρειῶν τοῦ ἐτέρου κράτους, εὐρισκομένης εἰς τὸ ἴδιον αὐτοῦ ἕδαφος.

Ἄρθρον 8ον

1) Ὁ ὅρος «ἐπενδύσεις κεφαλαίων», περιλαμβάνει πᾶν περιουσιακὸν στοιχεῖον καὶ δι' ἐνδεικτικῶς:

- α. Δικαιώματα ἰδιοκτησίας ἐπὶ κινήτων καὶ ἀκινήτων πραγμάτων καὶ λοιπὰ ἐμπράγματα δικαιώματα, ὡς ὑποθήκας, ἐνέχυρα, ἐπικαρπίαν καὶ τὰ ὅμοια τούτων.
- β. Μερῖδια εἰς εταιρείας καὶ λοιπὰ μετοχικὰ δικαιώματα.
- γ. Χρηματικὰ ἀπαιτήσεις ἢ παροχὰς ἐχούσας οἰκονομικὴν ἀξίαν.
- δ. Δικαιώματα πνευματικῆς ἢ βιομηχανικῆς ἰδιοκτησίας, τεχνικὰς μεθόδους, ἐμπορικὰς ἐπωνυμίας καὶ φήμην ἐπιχειρήσεων (GOOD WILL).
- ε. Δικαιώματα ἐκ παραχωρήσεων.

Μεταβολὴ τῆς μορφῆς, ὅφ' ἣν ἐπενδύονται περιουσιακὰ στοιχεῖα ἐν τῷ πλαισίῳ δοθείσης ἐγκρίσεως, δὲν θίγει τὸν χαρακτήρα των ὡς ἐπενδύσεων κεφαλαίων.

2) Ὁ ὅρος «εἰσοδήματα» (ERTRÄGNISSE) δηλοῖ τὰ ποσὰ, τὰ ὁποῖα ἀπορρέουν ἀπὸ ἐπενδύσεων κεφαλαίων κατὰ τὴν διαρκείαν δοθείσης χρονικῆς περιόδου, ὑπὸ μορφῆν συμμετοχῆς εἰς τὰ κέρδη ἢ τόκους.

3) Ὁ ὅρος «ὑπήκοοι» δηλοῖ:

- α. Ὑπὸ τὴν ἐποψίν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος, Ἑλληνικὰς πολὶ τὰς συμφωνίας πρὸς τὸ Σύνταγμα καὶ τοὺς νόμους τῆς Χώρας.
- β. Ὑπὸ τὴν ἐποψίν τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας πολίτας συμφωνίας πρὸς τὸ Σύνταγμα τῆς Ὁμοσπονδου Δημοκρατίας τῆ Γερμανίας.

4) Ὁ ὅρος «ἐταιρεῖαι» δηλοῖ: Πᾶν νομικὸν πρόσωπον, ὡς καὶ πᾶσαν ἐταιρείαν ἐμπορικὴν ἢ ἄλλης μορφῆς ἢ ἔνθεον πρόσωπον, μετὰ ἢ ἄνευ νομικῆς προσωπικότητος, ἢ ὁποῖα ἔχει τὴν ἔδραν τῆς ἐν τῇ ἑδᾶρει ἐνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων κρατῶν καὶ ὑφίσταται ἐγγύρως κατὰ τοὺς νόμους τούτου, ἀνεξαρτήτως τοῦ ἂν ἡ εὐθύνη τῶν ἐκείρων, μετόχων ἢ μελῶν εἴναι περιορισμένη ἢ ἀπεριόριστος καὶ τοῦ ἂν ἡ δραστηριότης κατευθύνεται εἰς τὴν πραγματοποίησιν κερδῶν ἢ μὴ.

Ἄρθρον 9ον

Ἡ παροῦσα συμφωνία ἀφορᾷ ἐπίσης ἐπενδύσεις κεφαλαίων, τὰς ὁποῖας ἔχουν ἢ δι' ἐνεργήσεως ὑπήκοοι καὶ ἐταιρεῖαι τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου κράτους εἰς τὴν ἐπικράτειαν τοῦ ἐτέρου, κατὰ τὴν νομοθεσίαν τούτου, πρὸ τῆς ἰσχύος τῆς συμφωνίας.

Artikel 10

Jeder Vertragsstaat gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von dem anderen Vertragsstaat eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten, zur Herbeiführung einer Lösung in freundschaftlichem Geist Konsultationen aufzunehmen.

(2) Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden kann, ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

- (3) a) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet und besteht aus drei Schiedsrichtern. Jeder Vertragsstaat bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter einigen sich auf einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staates sein muß und von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten bestellt wird.
- b) Jeder Vertragsstaat hat seinen Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach einem dahingehenden Antrag des anderen Vertragsstaates zu benennen; kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so wird der Schiedsrichter auf Antrag des anderen Vertragsstaates vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.
- c) Können sich die Schiedsrichter innerhalb eines Monats nach ihrer Bestellung über den Obmann des Schiedsgerichts nicht einigen, so wird dieser auf Antrag eines der beiden Vertragsstaaten durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt. Ist ein Schiedsrichter oder der Obmann derart verhindert, daß eine Entscheidung des Schiedsgerichts nicht in angemessener Zeit erwartet werden kann, so wird für ihn ein neuer Schiedsrichter oder ein neuer Obmann nach dem vorstehenden Verfahren bestellt.
- d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes verhindert, dem Antrag gemäß Unterabsatz b) und c) dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so wird die Ernennung vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist auch der Vizepräsident verhindert oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so erfolgt die Ernennung durch das rangälteste Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist.

(4) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund der Bestimmungen dieses Vertrages sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen werden von dem Obmann und mindestens einem Mitglied unterschrieben. Sie sind für beide Vertragsstaaten bindend.

(6) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Schiedsrichters und seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die übrigen Kosten werden von beiden Teilen je zur Hälfte getragen.

(7) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Άρθρον 10ον

Ἐκάτερον τῶν συμβαλλομένων κρατῶν παρέχει, ἐν τῷ πλαισίῳ τῆς παρούσης συμφωνίας, μεταχειρίσιν ἡμεδαποῦ, ἐὰν διαπιστοῦται ὅτι καὶ τὸ ἕτερον παραχωρεῖ ταύτην εἰς ὁμοίας περιπτώσεις.

Άρθρον 11ον

1) Εἰς περίπτωσιν διαφωνιῶν περὶ τὴν ἐρμηγείαν ἢ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης συμφωνίας τὰ συμβαλλόμενα κράτη ἀναλαμβάνουν τὴν ὑποχρέωσιν ὥπως προβοῦν εἰς συνεννοήσεις πρὸς ἐπιτευξιν λύσεως ἐν φιλικῷ πνεύματι.

2) Ἐὰν δὲν καθίσταται δυνατὴ ἄρσις τῆς διχογνωμίας κατὰ τὸν ρηθέντα τρόπον, αὕτη ὑποβάλλεται, αἰτήσῃ τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων κρατῶν, εἰς Διαιτητικὸν Δικαστήριον.

- 3) α) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον συγκροτεῖται κατὰ περίπτωσιν καὶ συνίσταται ἐκ τριῶν διαιτητῶν. Ἐκαστον συμβαλλόμενον κράτος διορίζει ἓνα διαιτητὴν. Οἱ οὗτοι ὁρισθέντες διαιτηταὶ συμφωνοῦν εἰς τὴν ὑπόδειξιν ἐπιδιαιτητοῦ, ὅστις ὀφείλει νὰ εἶναι ὑπήκοος τρίτου κράτους καὶ διορίζεται ὑπὸ τῶν Κυβερνήσεων ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων κρατῶν.
- β) Ἐκαστον συμβαλλόμενον κράτος ὀφείλει νὰ ἐπιλέξῃ τὸν διαιτητὴν αὐτοῦ ἐντὸς διμήνου ἀπὸ τῆς ὑποβολῆς πρὸς τοῦτο αἰτήσεως τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου κράτους. Ἐὰν τὸ ἐν λόγῳ κράτος δὲν ἀντοποκριθῇ εἰς τὴν ρηθεῖσαν ὑποχρέωσιν του, τότε ὁ διαιτητὴς διορίζεται ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Διεθνoῦς Δικαστηρίου, κατόπιν αἰτήσεως τοῦ ἑτέρου.
- γ) Ἐὰν δὲν καταστῇ δυνατὸν ὥπως οἱ διαιτηταὶ συμφωνήσων ἐντὸς μηνὸς ἀπὸ τοῦ διορισμοῦ των, ὡς πρὸς τὴν ἐκλογὴν τοῦ ἐπιδιαιτητοῦ τοῦ Διαιτητικοῦ Δικαστηρίου, οὗτος ἐκλέγεται, κατόπιν αἰτήσεως τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων κρατῶν, ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Διεθνoῦς Δικαστηρίου. Εἰς περίπτωσιν κωλύματος τινὸς τῶν διαιτητῶν ἢ τοῦ ἐπιδιαιτητοῦ, εἰς τρόπον ὥστε δὲν δύναται νὰ ἀναμένεται ἐντὸς εὐλόγου χρόνου ἀπόφασις τοῦ διαιτητικοῦ δικαστηρίου, διορίζεται, ἀντὶ τοῦ κωλυομένου, νέος διαιτητὴς ἢ ἐπιδιαιτητὴς κατὰ τὴν ἀνωτέρω διαδικασίαν.
- δ) Ἐὰν κωλύεται ὁ Πρόεδρος τοῦ Διεθνoῦς Δικαστηρίου ὥπως ἀνταποκριθῇ εἰς αἴτησιν, συμφώνως πρὸς τὰ ἐδάφια β καὶ γ τῆς παρούσης παραγράφου, ἢ τυγχάνῃ οὗτος ὑπήκοος συμβαλλομένου κράτους, ὁ διορισμὸς ἐνεργεῖται ὑπὸ τοῦ Ἀντιπροέδρου. Κωλυομένου καὶ τοῦ Ἀντιπροέδρου ἢ ὄντος τούτου ὑπηκόου συμβαλλομένου κράτους, ἡ ἐκλογὴ ἐνεργεῖται ὑπὸ τοῦ ἀρχαιότερου μέλους τοῦ Δικαστηρίου, ὕπερ δὲν τυγχάνει ὑπήκοος ἐνὸς τῶν δύο συμβαλλομένων κρατῶν.

4) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον ἐκδίδει τὰς ἀποφάσεις του βάσει τῶν διατάξεων τῆς παρούσης συμφωνίας ὡς καὶ τῶν γενικῶν κανόνων τοῦ Διεθνoῦς Δικαίου.

5) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον ἀποφασίζει διὰ πλειοψηφίας. Αἱ ἀποφάσεις του, ὑπογραφόμεναι ὑπὸ τοῦ ἐπιδιαιτητοῦ καὶ τουλάχιστον ἐνὸς μέλους του, εἶναι δεσμευτικαὶ διὰ τὰ συμβαλλόμενα κράτη.

6) Ἐκαστον συμβαλλόμενον κράτος βαρύνουν αἱ δαπάναι τοῦ διαιτητοῦ αὐτοῦ καὶ τῆς ἐκπροσωπήσεώς του κατὰ τὴν διαδικασίαν ἐνώπιον τοῦ Διαιτητικοῦ Δικαστηρίου. Αἱ λοιπαὶ δαπάναι βαρύνουν ἀμφοτέρω τὰ μέρη ἐξ ἡμισείας.

7) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον κανονίζει τὴν διαδικασίαν του.

Άρθρον 12ον

Ἡ παρούσα συμφωνία ἰσχύει ἐπίσης διὰ τὴν Χώραν τοῦ Βερολίνου, ἐὰν ἢ Κυβερνήσις τῆς Ὁμοσπονδoῦς Δημοκρατίας τῆς Γερ-

gegenüber der Regierung des Königreichs Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Athen ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt für einen Zeitraum von zehn Jahren in Kraft und verlängert sich auf unbestimmte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einem der beiden Vertragsstaaten schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Athen am 27. März 1961 in zwei Urschriften, jede in deutscher und griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:
Dr. Hermann Reinhardt

Für das
KÖNIGREICH GRIECHENLAND:
Athanassios Triantaphyllis

μανίας δὲν προβῆ εἰς ἀντίθετον δῆλωσιν πρὸς τὴν Κυβέρνησιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἐντὸς τριῶν μηνῶν ἀπὸ τῆς ἰσχύος τῆς παρούσης συμφωνίας.

Ἄρθρον 13ον

1) Ἡ παρούσα συμφωνία χρήζει ἐπικυρώσεως. Τὰ ὄργανα τῆς ἐπικυρώσεως θέλουν ἀνταλλαγῆ ἐν Ἀθήναις τὸ ταχύτερον δυνατὸν.

2) Ἡ συμφωνία τίθεται εἰς ἰσχὺν ἓνα μῆνα μετὰ τὴν ἀνταλλαγὴν τῶν ὀργάνων ἐπικυρώσεως. Ἡ ἰσχὺς τῆς ὀρίζεται εἰς δέκα ἔτη καὶ παρατείνεται ἐπ' ἀόριστον χρόνον, ἐὰν δὲν ἤθελε καταγγεῖσθαι ἐγγράφως ὑφ' ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων κρατῶν, ἕν ἔτος πρὸ τῆς ἐκπνοῆς τῆς. Μετὰ πάροδον δέκα ἐτῶν, ἡ συμφωνία δύναται νὰ καταγγεῖσθαι ὅποτεδήποτε, μετὰ γενομένην ὁμῶς καταγγελίαν παραμένει εἰσέτι ἐν ἰσχύϊ ἐπὶ ἕν ἔτος.

3) Δι' ἐπενδύσεις κεφαλαίων, αἵτινες ἐγένοντο μέχρι τοῦ χρονικοῦ σημείου τῆς παύσεως τῆς ἰσχύος τῆς συμφωνίας, ἰσχύουν αἱ διατάξεις τῶν ἄρθρων 1 ἕως 12 ἐπὶ εἴκοσιν εἰσέτι ἔτη ἀπὸ τῆς ἡμέρας τῆς λήξεώς τῆς.

ΕΓΕΝΕΤΟ ἐν Ἀθήναις τῇ 27ῃ Μαρτίου 1961. Εἰς δύο πρωτότυπα, ἀνὰ ἓν εἰς τὴν ἐλληνικὴν καὶ γερμανικὴν γλῶσσαν, ἀμφοτέρων τῶν καμμένων ἐχόντων ἴσην ἰσχὺν.

Διὰ τὴν
ΟΜΟΣΠΟΝΔΟΝ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΝ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ
Δρ. Ε. Ράινχαρντ

Διὰ τὸ
ΒΑΣΙΛΕΙΟΝ ΤΗΣ ΕΛΛΑΔΟΣ
Α. Τριανταφυλλῆς

Protokoll

Πρωτόκολλον

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

1. Als Bedingungen im Sinne des Artikels 2 werden insbesondere angesehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen nach Artikel 1 und 2 des Niederlassungs- und Schiffsverkehrsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland vom 18. März 1960 sowie Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als Bedingungen im Sinne des Artikels 2.
2. a) Die Bestimmungen des Artikels 3 Abs. 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand.
- b) Maßnahmen des Staates, die auf Antrag der Gläubiger eines Unternehmens im Falle des Konkurses oder zur Abwendung des Konkurses oder auf Antrag des Kapitalanlegers vorgenommen werden, gelten nicht als Eingriffe im Sinne des Artikels 3 Abs. 2.
- c) Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.
3. a) Zu Artikel 4 besteht Einverständnis darüber, daß die Rücküberweisung des Kapitals, das deutsche Staatsangehörige oder Gesellschaften in Griechenland nach den Bestimmungen dieses Vertrages angelegt haben oder anlegen, und die Rücküberweisung von Liquidationserlösen aus solchem Kapital nicht vor Ablauf eines Jahres nach Anlage oder Liquidation und nicht in höheren Raten als jährlich zehn Prozent des eingeführten Kapitals erfolgen. Gewinne können in Höhe bis zu zwölf Prozent, Zinsen in Höhe bis zu zehn Prozent jährlich überwiesen werden. Sie werden jeweils von dem Kapital berechnet, das nicht wieder ausgeführt worden ist. Falls innerhalb eines Jahres die vorstehend bezeichneten Beträge für Gewinne und Zinsen nicht oder nicht vollständig transferiert werden, können die Unterschiedsbeträge in den folgenden Jahren nachüberwiesen werden.
- b) Beschränkungen der vorstehenden Art, auch soweit sie für Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in Griechenland in Genehmigungsakten vorgesehen sind, verlieren automatisch ihre Wirksamkeit, sobald und soweit die griechischen Devisenbestimmungen, auf denen die Beschränkungen beruhen, aufgehoben werden.
- c) Günstigere Regelungen über den Transfer von Kapital, Gewinnen oder Zinsen im Rahmen der OEEC oder von Verträgen, an denen beide Vertragsstaaten beteiligt sind, gehen den vorstehenden Bestimmungen vor.
4. Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Abs. 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der
 1. 'Ως «όροι» ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἀρθροῦ 2 θεωροῦνται ἰδιαιτέρως: Ὁ περιορισμὸς τῆς προμηθεΐας πρώτων καὶ βοηθητικῶν ὑλῶν, ἠλεκτρικῆς ἐνεργείας καὶ καυσίμων, ὡς καὶ παντὸς εἶδους μέσων παραγωγῆς καὶ ἐκμεταλλεύσεως, ἢ παρεμπόδισις διαθέσεως προϊόντων ἐν τῷ ἐσωτερικῷ καὶ ἐξωτερικῷ, ὡς καὶ λοιπὰ μέτρα ὀδηγοῦντα εἰς ὅμοια ἀποτελέσματα. Μέτρα λαμβανόμενα συμφώνως πρὸς τὰ ἀρθρα 1 καὶ 2 τῆς Συνθήκης περὶ Ἐγκαταστάσεως καὶ Ναυτιλίας τῆς 18ης Μαρτίου 1960 μετὰ τῆς Ὁμοσπονδίας Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος, ὡς καὶ μέτρα, ἅτινα ἤθελον ληφθῆναι διὰ λόγους δημοσίας ἀσφαλείας καὶ τάξεως, δημοσίας ὑγιεινῆς ἢ ἠθικῆς, δὲν θεωροῦνται ὡς «όροι» ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἀρθροῦ 2.
 2. α) Αἱ διατάξεις τοῦ ἀρθροῦ 3 παράγρ. 2, ἰσχύουν ἐπίσης διὰ τὴν μεταβίβασιν ἐπενδύσεων κεφαλαίων εἰς δημοσίαν ἰδιοκτησίαν, τὴν ὑπαγωγὴν των εἰς δημοσίαν ἐποπτεῖαν ἢ εἰς παρομοίας ἐπεμβάσεις τῆς Δημοσίας Ἀρχῆς.
 - β) Μέτρα τοῦ Κράτους, τὰ ὅποια λαμβάνονται αἰτήσῃ πτωχῶν τῆς ἐπιχειρήσεως ἢ τοῦ ἐνεργήσαντος τὴν ἐπένδυσιν, εἰς περίπτωσιν πτωχεύσεως ἢ πρὸς ἀποφυγὴν ταύτης, δὲν θεωροῦνται ὡς ἐπεμβάσεις κατὰ τὴν ἐννοίαν τοῦ ἀρθροῦ 3, παράγρ. 2.
 - γ) Ὡς «ἀπαλλοτριώσεις» νοεῖται ἡ ἀφαίρεσις ἢ ὁ περιορισμὸς τῆς ἀσκήσεως περιουσιακοῦ δικαιώματος, ὅπερ αὐτὸ μόνον ἢ ὁμοῦ μετ' ἄλλων ἀποτελεῖ ἐπένδυσιν κεφαλαίων.
 3. α) Ἐν σχέσει πρὸς τὸ ἀρθρον 4, συμφωνεῖται ὅτι ὁ ἐπαναπαρτισμὸς κεφαλαίου, ὅπερ ἔχουν ἐπενδύσει ἢ ἐπενδύουν ἐν Ἑλλάδι Γερμανοὶ ὑπήκοοι ἢ ἑταιρεῖαι, κατὰ τὰς διατάξεις τῆς παρούσης συμφωνίας, ὡς καὶ ἡ ἐπιστροφή τοῦ προϊόντος ἐκκαθαρίσεως τοιοῦτου κεφαλαίου δὲν θὰ γίνεται πρὸ τῆς παρελεύσεως ἔτους ἀπὸ τῆς ἐπενδύσεως ἢ ἐκκαθαρίσεως, καὶ εἰς δόσεις ποσοστοῦ οὐχὶ μεγαλυτέρου τοῦ δέκα ἐπὶ τοῖς ἑκατὸν ἑτησίως ἐπὶ τοῦ εἰσαχθέντος κεφαλαίου. Κέρδη δύνανται νὰ μεταφέρονται μέχρι δώδεκα ἐπὶ τοῖς ἑκατὸν, τόκοι μέχρι δέκα ἐπὶ τοῖς ἑκατὸν ἑτησίως ἐπὶ τῶν ποσοστῶν τούτων ὑπολογιζομένων ἐπὶ τοῦ μὴ ἐπανεξαχθέντος μέρους τοῦ κεφαλαίου. Ἐν ἡ περιπτώσει τὰ προαναφερόμενα ποσὰ κερδῶν ἢ τόκων δὲν ἤθελον ἔχει μεταφερθῆναι πλήρως ἢ ἐν τμήματι, κατὰ τὴν διάρκειαν ἔτους, τὰ ἐναπομένοντα ποσὰ δύνανται νὰ ἐμβάζωνται κατὰ τὸ ὑπολειπούμενον μέρος των, σωρευτικῶς κατὰ τὰ ἐπόμενα ἔτη.
 - β) Περιορισμοὶ ὡς οἱ προαναφερόμενοι καὶ ἐὰν προβλέπωνται εἰς πράξεις ἐγκρίσεως ἐπενδύσεων ἐνεργουμένων ὑπὸ Γερμανῶν ὑπήκων ἢ ἑταιρειῶν ἀποβάλλουν αὐτοδικαίως τὴν ἰσχὴν των, ἐὰν καὶ καθ' ὃ μέτρον καταργοῦνται αἱ ἑλληνικαὶ διατάξεις ἐλέγχου τοῦ συναλλάγματος, ἐφ' ὧν στηρίζονται οἱ ρηθέντες περιορισμοὶ.
 - γ) Εὐνοϊκώτεροι ρυθμίσεις περὶ τῆς μεταφορᾶς κεφαλαίου, κερδῶν ἢ τόκων ἐν τῷ πλαίσίῳ τοῦ Ο. Ε. Ο. Σ., ἢ συνθηκῶν, εἰς τὰς ὁποίας μετέχουν ἀμφότερα τὰ συμβαλλόμενα κράτη, εἶναι ἐπικρατέστεραι τῶν προαναφερομένων διατάξεων.
 4. Ὡς «μεταφορὰ ἀμελητὴ» ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἀρθροῦ 6, παράγρ. 1 νοεῖται ἡ ἐνεργουμένη ἐντὸς χρονικοῦ διαστήματος, τὸ ὅποιον ἀπαιτεῖται κανονικῶς πρὸς ἐκπλήρωσιν τῶν διατυπώσεων τῆς

Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

5. Zu Artikel 7 besteht Einverständnis darüber, daß in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland, für die die Anwendung der Bestimmungen des griechischen Gesetzesdekrets Nr. 2687/53 beantragt und genehmigt worden ist, die Vorschriften dieses Gesetzes und die besonderen Bestimmungen des Zulassungsbeschlusses den Bestimmungen dieses Vertrages vorgehen.
6. Besondere Vergünstigungen, die auf Grund des Gesetzesdekrets Nr. 2687/53 gewährt worden sind, werden nicht automatisch auf Kapitalanlagen ausgedehnt, die unter diesen Vertrag fallen.
7. Zu Artikel 9 besteht Einverständnis darüber, daß seine Vorschriften auf die in Griechenland am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages bestehenden Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland, die ab 1. Januar 1954 zustande gekommen sind, Anwendung finden unter der Bedingung, daß die vorerwähnten Staatsangehörigen und Gesellschaften einen diesbezüglichen Antrag stellen und die Griechische Regierung ihr Einverständnis gemäß dem in diesem Vertrag für die neuen Anlagen vorgesehenen Verfahren erklärt.
8. Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger eines Vertragsstaates jede Person, die einen von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsstaates ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

GESCHEHEN zu Athen am 27. März 1961 in zwei Urschriften, jede in deutscher und griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:
Dr. Hermann Reinhardt

Für das
KONIGREICH GRIECHENLAND:
Athanasios Triantaphyllis

μεταφοράς. Τοῦτο ἀρχεται ἀπὸ τῆς ὑποβολῆς ἀντιστοίχου αἰτήσεως καὶ ἐπ' οὐδενὶ λόγῳ δύνανται νὰ ὑπερβῆ τοὺς δύο μῆνας.

5. Ὡς πρὸς τὸ ἀρθρον 7 συμφωνεῖται ὅτι, ἀναφορικῶς μὲ τὰς ἐπενδύσεις κεφαλαίων ὑπὸ ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τῆς Ὁμοσπύδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας, διὰ τὰς ὁποίας ἔχει ζητηθῆ καὶ ἐγκριθῆ ἡ ἐφαρμογὴ τῶν διατάξεων τοῦ ἐλληνικοῦ Ν. Δ. 2687 1953, αἱ διατάξεις τοῦ Ν. Δ. τούτου καὶ οἱ εἰδικοί ὅροι τῆς ἐγκριτικῆς ἀποφάσεως ὑπερισχύουν τῶν διατάξεων τῆς παρούσης συμφωνίας.
6. Εἰδικαὶ παραχωρήσεις ἐπὶ τῇ βάσει τοῦ Ν. Δ. 2687 1953 δὲν ἐπεκτείνονται αὐτοδικαιῶς εἰς ἐπενδύσεις κεφαλαίων ὑπαγομένων εἰς τὴν παρούσαν συμφωνίαν.
7. Ἐν σχέσει πρὸς τὸ ἀρθρον 9 συμφωνεῖται ὅτι τοῦτο θέλει ἰσχύσει ἐπὶ ἐπενδύσεων κεφαλαίων ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τῆς Ὁμοσπύδου Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας ὑφισταμένων ἐν Ἑλλάδι κατὰ τὸ χρονικὸν σημεῖον τῆς θέσεως εἰς ἰσχὺν τῆς παρούσης συμφωνίας, καὶ αἵτινες ἔλαβον χώραν ἀπὸ 1ης Ἰανουαρίου 1954 καὶ ἐντεῦθεν, ὑπὸ τὴν προϋπόθεσιν ὅτι οἱ ἀνωτέρω ὑπήκοοι ἢ ἐταιρεῖαι ἤθελον ὑποβάλλει περὶ τούτου αἴτησιν καὶ ἡ Ἑλληνικὴ Κυβέρνησις ἤθελεν ἐγκρίνει ταύτην κατὰ τὴν διαδικασίαν τὴν ἀκολουθουμένην διὰ τὰς νέας βάσει τῆς παρούσης συμφωνίας ἐπενδύσεις.
8. Ἀνεξαρτήτως ἐτέρας διαδικασίας πρὸς ἐξκρίβωσιν τῆς ὑπηκοότητος, θεωρεῖται ὡς ὑπήκοος συμβαλλομένης χώρας ἰδίως πρόσωπον ἐφωδισμένον μὲ ἐθνικὸν διαβατήριον, ἐκδοθὲν ὑπὸ τῶν ἀρμοδίων Ἀρχῶν τοῦ ἐν λόγῳ συμβαλλομένου κράτους.

ΕΓΕΝΕΤΟ ἐν Ἀθήναις τῇ 27ῃ Μαρτίου 1961. Εἰς δύο πρωτότυπα, ἀνὰ ἓν εἰς τὴν ἐλληνικὴν καὶ γερμανικὴν γλῶσσαν, ἀμφοτέρων τῶν κειμένων ἐχόντων ἴσῃν ἰσχύν.

Διὰ τὴν
ΟΜΟΣΠΟΝΔΟΝ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΝ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ
Δρ. Ε. Ράϊνχαρντ

Διὰ τὸ
ΒΑΣΙΛΕΙΟΝ ΤΗΣ ἙΛΛΑΔΟΣ
Α. Τριανταφυλλῆς

Briefwechsel 1

Anlage 1
zum Protokoll vom 27. März 1961

Παράρτημα υπ' αριθ. 1 του Πρωτοκόλλου
της 27ης Μαρτίου 1961

Der Vorsitzende
der griechischen Delegation

Ο Πρόεδρος της 'Ελληνικής
'Αντιπροσωπείας

Herr Vorsitzender,

Κύριε Πρόεδρε,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Έχω την τιμήν νά γνωρισω υμίν τά κάτωθι:

Die Griechische Regierung wird in besonders begründeten Fällen Anträge deutscher Kapitalanleger, die ihre Kapitalanlagen in Griechenland liquidieren, auf weitergehende Überweisungen der Liquidationserlöse, als sie in Ziffer (3) a) des Protokolls oder in Genehmigungsakten der Griechischen Regierung im Zusammenhang mit der Anlage des Kapitals vorgesehen sind, wohlwollend prüfen, sofern die Devisenlage Griechenlands dies gestattet und nicht angenommen werden kann, daß mit dem Antrag eine unzulässige Umgehung griechischer Devisenbestimmungen beabsichtigt ist.

Η 'Ελληνική Κυβέρνησις θέλει εξετάζει εμμενώς, εις ειδικώς ήτιολογημένας περιπτώσεις, αιτήσεις Γερμανών επενδυσάντων κεφάλαια έν 'Ελλάδι, οι όποιοι προβαίνουν εις έκκαθάρισιν τούτων, πρὸς έγκρισιν μεταφορᾶς (TRANSFER) του προϊόντος της έκκαθάρισεως κατά τρόπον ευνοικώτερον του προβλεπομένου εις την παράγραφον 3, έδάφιον α του πρωτοκόλλου ή έν τη έγκριτική πράξει της επενδύσεως, έφ' όσον ή συναλλαγματική κατάστασις της Χώρας έπιτρέπη τοιαύτην εύρυτέραν μεταφοράν και δέν δύναται νά υποστηριχθή ότι διά της αίτησεως άποσκοπείται καταστρατήγησις των 'Ελληνικών δικτάξεων περι έλέγχου συναλλάγματος.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Δέξασθε, Κύριε Πρόεδρε, την έκφρασιν της έξόχου πρὸς υμάς ύπολήψεώς μου.

Athanassios Triantaphyllis

'Α. Τριανταφύλλης

An den
Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Ministerialdirektor
Dr. Hermann Reinhardt
Athen

Πρὸς τόν
Πρόεδρον της Γερμανικής 'Αντιπροσωπείας
Δρ. Ε. Ράινχαρντ
Γενικόν Διευθυντήν
'Ενταυθα

Anlage 2
zum Protokoll vom 27. März 1961

Παράρτημα υπ' αριθ. 2 του Πρωτοκόλλου
της 27ης Μαρτίου 1961

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Ο Πρόεδρος της Γερμανικής
'Αντιπροσωπείας

Herr Vorsitzender,

Κύριε Πρόεδρε,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

Έχω την τιμήν νά βεβαιώσω την λήψιν της ύπό σημερινήν χρονολογίαν έπιστολής σας έχούσης ούτω:

„Die Griechische Regierung wird in besonders begründeten Fällen Anträge deutscher Kapitalanleger, die ihre Kapitalanlagen in Griechenland liquidieren, auf weitergehende Überweisungen der Liquidationserlöse, als sie in Ziffer (3) a) des Protokolls oder in Genehmigungsakten der Griechischen Regierung im Zusammenhang mit der Anlage der Kapitals vorgesehen sind, wohlwollend prüfen, sofern die Devisenlage Griechenlands dies gestattet und nicht angenommen werden kann, daß mit dem Antrag eine unzulässige Umgehung griechischer Devisenbestimmungen beabsichtigt ist.“

« Η 'Ελληνική Κυβέρνησις θέλει εξετάζει εμμενώς, εις ειδικώς ήτιολογημένας περιπτώσεις, αιτήσεις Γερμανών επενδυσάντων κεφάλαια έν 'Ελλάδι, οι όποιοι προβαίνουν εις έκκαθάρισιν τούτων, πρὸς έγκρισιν μεταφορᾶς (Transfer) του προϊόντος της έκκαθάρισεως κατά τρόπον ευνοικώτερον του προβλεπομένου εις την παράγραφον 3, έδάφιον α του πρωτοκόλλου ή έν τη έγκριτική πράξει της επενδύσεως, έφ' όσον ή συναλλαγματική κατάστασις της Χώρας έπιτρέπη τοιαύτην εύρυτέραν μεταφοράν και δέν δύναται νά υποστηριχθή ότι διά της αίτησεως άποσκοπείται καταστρατήγησις των έλληνικών δικτάξεων περι έλέγχου συναλλάγματος.»

Mit dem Inhalt des vorstehenden Schreibens erkläre ich mich einverstanden.

Είμαι σύμφωνος πρὸς τό περιεχόμενον ταύτης.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Δέξασθε, Κύριε Πρόεδρε, την έκφρασιν της έξόχου πρὸς υμάς ύπολήψεώς μου.

Dr. Hermann Reinhardt

Dr. Hermann Reinhardt

An den
Vorsitzenden der griechischen Delegation
Herrn Generaldirektor
Athanassios Triantaphyllis
Athen

Πρὸς τόν
Πρόεδρον της 'Ελληνικής 'Αντιπροσωπείας
Κύριον 'Αθανάσιον Τριανταφύλλην
Γενικόν Διευθυντήν
'Ενταυθα

Briefwechsel 2

Anlage 3
zum Protokoll vom 27. März 1961

Παράρτημα υπ' αριθ. 3 του Πρωτοκόλλου
της 27ης Μαρτίου 1961

Der Vorsitzende
der griechischen Delegation

Ο Πρόεδρος της 'Ελληνικής
'Αντιπροσωπείας

Herr Vorsitzender,

Κύριε Πρόεδρε,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Έχω την τιμήν να γνωρίσω ύμιν τὰ κάτωθι:

In Griechenland werden Kapitalanlagen auf Grund des heute unterzeichneten Vertrages einer Genehmigung bedürfen. Die Genehmigung wird erteilt werden, wenn die Griechische Regierung in einem von ihr zu regelnden Verfahren feststellt, daß die Kapitalanlage zu den von dem Kapitalanleger vorgeschlagenen Bedingungen die Förderung der Produktion bezweckt oder in sonstiger Weise zum wirtschaftlichen Fortschritt des Landes beiträgt.

Έπενδύσεις κεφαλαίων εν 'Ελλάδι υπόκεινται, επί τη βάσει της σήμερα υπογραφείσης συμφωνίας εις έγκρισιν. Αύτη χορηγείται, εάν ή 'Ελληνική Κυβέρνησις διαπιστώσῃ, εν διαδικασίᾳ καθορισθησομένη παρ' αὐτῆς, ότι ή έπένδυσις κεφαλαίων, υπό τούς όρους τούς προτεινομένους υπό τοῦ ένεργοῦντος ταύτην, άποσκοπεί εις τήν ανάπτυξιν της παραγωγῆς, ή κατ' άλλον τρόπον συμβάλλει εις τήν οικονομικήν πρόοδον της χώρας. Είς τὸ πλαίσιον της άνωτέρω διαδικασίας, ή 'Ελληνική Κυβέρνησις θέλει συστήσει ειδικήν 'Επιτροπήν διά τήν γνωμάτευσιν περι τῶν σκοπομένων έπενδύσεων.

Bei der Regelung des Verfahrens wird die Griechische Regierung einen besonderen Ausschuß zur Begutachtung der Kapitalanlagen einsetzen.

Θέλει παρέχεται ή εύχέρεια εις τὸν ένεργοῦντα τήν έπένδυσιν όπως υποστηρίξῃ ένώπιον της 'Επιτροπῆς τήν αίτησίον του περι χορηγήσεως της έγκρίσεως.

Dem Kapitalanleger wird Gelegenheit gegeben, seinen Antrag auf Erteilung der Genehmigung vor dem besonderen Ausschuß zu vertreten.

Δέξασθε, Κύριε Πρόεδρε, τήν έκφρασιν της έξόχου προς ύμιας ύπολήψεώς μου.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Athanassios Triantaphyllis

'Α. Τριανταφύλλης

An den
Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Ministerialdirektor
Dr. Hermann Reinhardt
Athen

Πρός τόν
Πρόεδρον της Γερμανικής 'Αντιπροσωπείας
Δρ. Ε. Ράινχαρντ
Γενικόν Διευθυντήν
'Ενταῦθα

Anlage 4
zum Protokoll vom 27. März 1961

Παράρτημα υπ' αριθ. 4 του Πρωτοκόλλου
της 27ης Μαρτίου 1961

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Ο Πρόεδρος της Γερμανικής
'Αντιπροσωπείας

Herr Vorsitzender,

Κύριε Πρόεδρε,

Ich beehre mich, Ihnen Ihr heutiges Schreiben mit folgendem Wortlaut zu bestätigen:

Έχω τήν τιμήν να βεβαιώσω τήν λήψιν της υπό σημερινήν χρονολογίαν έπιστολής σας, έχούσης οὔτω:

„In Griechenland werden Kapitalanlagen auf Grund des heute unterzeichneten Vertrages einer Genehmigung bedürfen. Die Genehmigung wird erteilt werden, wenn die Griechische Regierung in einem von ihr zu regelnden Verfahren feststellt, daß die Kapitalanlage zu den von dem Kapitalanleger vorgeschlagenen Bedingungen die Förderung der Produktion bezweckt oder in sonstiger Weise zum wirtschaftlichen Fortschritt des Landes beiträgt.

« Έπενδύσεις κεφαλαίων εν 'Ελλάδι υπόκεινται, επί τη βάσει της σήμερα υπογραφείσης συμφωνίας, εις έγκρισιν. Αύτη χορηγείται, εάν ή 'Ελληνική Κυβέρνησις διαπιστώσῃ, εν διαδικασίᾳ καθορισθησομένη παρ' αὐτῆς, ότι ή έπένδυσις κεφαλαίων, υπό τούς όρους τούς προτεινομένους υπό τοῦ ένεργοῦντος ταύτην, άποσκοπεί εις τήν ανάπτυξιν της παραγωγῆς, ή κατ' άλλον τρόπον συμβάλλει εις τήν οικονομικήν πρόοδον της Χώρας. Είς τὸ πλαίσιον της άνωτέρω διαδικασίας, ή 'Ελληνική Κυβέρνησις θέλει συστήσει ειδικήν 'Επιτροπήν διά τήν γνωμάτευσιν περι τῶν σκοπομένων έπενδύσεων.

Bei der Regelung des Verfahrens wird die Griechische Regierung einen besonderen Ausschuß zur Begutachtung der Kapitalanlagen einsetzen.

Θέλει παρέχεται ή εύχέρεια εις τὸν ένεργοῦντα τήν έπένδυσιν όπως υποστηρίξῃ ένώπιον της 'Επιτροπῆς τήν αίτησίον του περι χορηγήσεως της έγκρίσεως.»

Dem Kapitalanleger wird Gelegenheit gegeben, seinen Antrag auf Erteilung der Genehmigung vor dem besonderen Ausschuß zu vertreten."

Δέξασθε, Κύριε Πρόεδρε, τήν έκφρασιν της έξόχου προς ύμιας ύπολήψεώς μου.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Hermann Reinhardt

Dr. Hermann Reinhardt

An den
Vorsitzenden der griechischen Delegation
Herrn Generaldirektor
Athanassios Triantaphyllis
Athen

Πρός τόν
Πρόεδρον της 'Ελληνικής 'Αντιπροσωπείας
Κύριον 'Αθανάσιον Τριανταφύλλην
Γενικόν Διευθυντήν
'Ενταῦθα

Briefwechsel 3

Anlage 5
zum Protokoll vom 27. März 1961

Der Vorsitzende
der griechischen Delegation

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Sie hatten im Laufe der Verhandlungen über den Abschluß des heute unterzeichneten Vertrages um Aufnahme einer Klausel gebeten, durch die sichergestellt werden sollte, daß die Grundsätze des freien Wettbewerbs auch auf die Beteiligung der Seeschifffahrt an der Beförderung von Kapitalanlagegütern im Verhältnis zu unseren Ländern angewendet werden. Ich sehe jedoch keine Notwendigkeit hierzu, da die vorerwähnten Kapitalanlagegüter als Waren im Sinne des Artikels 15 des Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrages vom 18. März 1960 anzusehen sind und Artikel 15 die Freiheit der Flaggenwahl bereits vorsieht.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Athanassios Triantaphyllis

An den
Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Ministerialdirektor
Dr. Hermann Reinhardt
Athen

Anlage 6
zum Protokoll vom 27. März 1961

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, Ihnen Ihr heutiges Schreiben mit folgendem Wortlaut zu bestätigen:

„Sie hatten im Laufe der Verhandlungen über den Abschluß des heute unterzeichneten Vertrages um Aufnahme einer Klausel gebeten, durch die sichergestellt werden sollte, daß die Grundsätze des freien Wettbewerbs auch auf die Beteiligung der Seeschifffahrt an der Beförderung von Kapitalanlagegütern im Verhältnis zu unseren Ländern angewendet werden. Ich sehe jedoch keine Notwendigkeit hierzu, da die vorerwähnten Kapitalanlagegüter als Waren im Sinne des Artikels 15 des Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrages vom 18. März 1960 anzusehen sind und Artikel 15 die Freiheit der Flaggenwahl bereits vorsieht.“

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Hermann Reinhardt

An den
Vorsitzenden der griechischen Delegation
Herrn Generaldirektor
Athanassios Triantaphyllis
Athen

Παράρτημα υπ' αριθ. 5 του Πρωτοκόλλου
της 27ης Μαρτίου 1961

Ο Πρόεδρος της Ελληνικής
Αντιπροσωπείας

Κύριε Πρόεδρε,

Έχω την τιμήν να γνωρίσω ύμῖν τὰ κάτωθι:

Κατὰ τὴν διάρκειαν τῶν διαπραγματεύσεων περὶ συνάψεως τῆς σήμερον ὑπογραφείσης συμφωνίας, παρεκλήσατε ὅπως συμπεριληφθῇ ρήτρα, διὰ τῆς ὁποίας θὰ ἐβεβαιούτο ὅτι ἡ ἀρχὴ τοῦ ἐλευθέρου ἀνταγωνισμοῦ ἐφαρμόζεται ρητῶς καὶ ἐπὶ τῆς συμμετοχῆς τῆς ναυτιλίας εἰς τὴν μεταφορὰν κεφαλαιουχικῶν ἀγαθῶν ἐν σχέσει πρὸς τὴν ἐπικοινωνίαν μεταξὺ τῶν χωρῶν ἡμῶν. Τοῦτο ὅμως δὲν κρίνω ἀναγκαῖον, διότι τὰ ἀνωτέρω ἀναφερόμενα κεφαλαιουχικὰ ἀγαθὰ δέον νὰ θεωρηθοῦν ὡς ἐμπορεύματα ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἀρθροῦ 15 τῆς συμβάσεως τῆς 18ης Μαρτίου 1960 περὶ ἐγκαταστάσεως καὶ ναυτιλίας, τὸ δὲ ἀρθρον 15 ταύτης προβλέπει ἤδη τὴν ἐλευθέραν ἐκλογὴν τῆς σημαίας.

Δέξασθε, Κύριε Πρόεδρε, τὴν ἔκφρασιν τῆς ἐξόχου πρὸς ὑμᾶς ὑπολήψεώς μου.

Ἄ. Τριανταφύλλης

Πρὸς τὸν
Πρόεδρον τῆς Γερμανικῆς Ἀντιπροσωπείας
Δρ. Ε. Ράινχαρντ
Γενικὸν Διευθυντὴν
Ἐνταῦθα

Παράρτημα υπ' αριθ. 6 του Πρωτοκόλλου
της 27ης Μαρτίου 1961

Ο Πρόεδρος της Γερμανικής
Αντιπροσωπείας

Κύριε Πρόεδρε,

Έχω την τιμήν να βεβαιώσω τὴν λήψιν τῆς ὑπὸ σημερινῆν χρονολογίαν ἐπιστολῆς σας ἐχούσης οὕτω:

«Κατὰ τὴν διάρκειαν τῶν διαπραγματεύσεων περὶ συνάψεως τῆς σήμερον ὑπογραφείσης συμφωνίας, παρεκλήσατε ὅπως συμπεριληφθῇ ρήτρα, διὰ τῆς ὁποίας θὰ ἐβεβαιούτο ὅτι ἡ ἀρχὴ τοῦ ἐλευθέρου ἀνταγωνισμοῦ ἐφαρμόζεται ρητῶς καὶ ἐπὶ τῆς συμμετοχῆς τῆς ναυτιλίας εἰς τὴν μεταφορὰν κεφαλαιουχικῶν ἀγαθῶν ἐν σχέσει πρὸς τὴν ἐπικοινωνίαν μεταξὺ τῶν χωρῶν ἡμῶν. Τοῦτο ὅμως δὲν κρίνω ἀναγκαῖον, διότι τὰ ἀνωτέρω ἀναφερόμενα κεφαλαιουχικὰ ἀγαθὰ δέον νὰ θεωρηθοῦν ὡς ἐμπορεύματα ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἀρθροῦ 15 τῆς συμβάσεως τῆς 18ης Μαρτίου 1960 περὶ ἐγκαταστάσεως καὶ ναυτιλίας, τὸ δὲ ἀρθρον 15 ταύτης προβλέπει ἤδη τὴν ἐλευθέραν ἐκλογὴν τῆς σημαίας.»

Δέξασθε, Κύριε Πρόεδρε, τὴν ἔκφρασιν τῆς ἐξόχου πρὸς ὑμᾶς ὑπολήψεώς μου.

Dr. Hermann Reinhardt

Πρὸς τὸν
Πρόεδρον τῆς Ελληνικῆς Ἀντιπροσωπείας
Κύριον Ἀθανάσιον Τριανταφύλλην
Γενικὸν Διευθυντὴν
Ἐνταῦθα

Denkschrift

I. ALLGEMEINES

Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, durch günstige Bedingungen die private wirtschaftliche Initiative zu Kapitalanlagen in Entwicklungsländern zu beleben. Die Förderung privater Auslandsinvestitionen erscheint ihr als geeignetes Mittel, den Wirtschaftlichen Aufbau in den Entwicklungsländern durch die Zuführung von Geld und Sachkapital in Verbindung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen, technischen Erfindungen und Verfahren über die wirksame Anlage des Kapitals zu begünstigen. Der deutsch-griechische Vertrag vom 27. März 1961 über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen soll diesem Zweck dienen und ist geeignet, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland bestehenden vertrauensvollen wirtschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen.

Darüber hinaus trägt der Vertrag dem § 18 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 1959, dem § 23 Abs. 1 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1960 und dem § 21 Abs. 1 Nr. 3 des Haushaltsgesetzes 1961 Rechnung, durch die der Bundesminister der Finanzen ermächtigt worden ist, zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen zu übernehmen, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint.

Der deutsch-griechische Vertrag vom 27. März 1961 über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen ist in Bonn und Athen verhandelt worden. Er lehnt sich, wie der deutsch-pakistanische Vertrag vom 25. November 1959 zur Förderung und zum Schutz von Kapitalanlagen sowie das deutsch-malaiische Abkommen vom 22. Dezember 1960 an die von der Bundesrepublik abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsverträge an, soweit sich diese mit der Frage der Nichtdiskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet und mit dem Vermögensschutz im Falle einer Enteignung befassen. Darüber hinaus regelt er sonstige Materien, die für eine Kapitalanlage von Bedeutung sind, so namentlich die Frage des Transfers und des Wechselkurses. Der Vertrag ist die dritte Vereinbarung, die von der Bundesrepublik im Hinblick auf die oben erwähnten Haushaltsgesetze abgeschlossen wurde. Er stellt in sich bereits die rechtliche Voraussetzung für die Gewährung einer Garantie im Sinne dieser Gesetze dar mit der Wirkung, daß bei einer Garantiegewährung in der Regel nicht mehr zu prüfen sein wird, ob durch die Rechtsordnung Griechenlands oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gegeben ist.

II. BESONDERES

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und drei Briefwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Artikel 1 Abs. 1 behandelt die Zulassung von Kapitalanlagen der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften und der Verwaltungspraxis der anderen Vertragspartei. Absatz 2 verbietet eine diskriminierende Behandlung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei.

Zu Artikel 2

Artikel 2 soll verhindern, daß Staatsangehörige einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen, der Verwaltung, des Gebrauchs oder der Nutzung ihrer Kapitalanlagen einer diskriminierenden Behandlung unterworfen werden. Zur Auslegung dieses Artikels gibt Protokollziffer 1 Beispiele diskriminierender Maßnahmen.

Zu Artikel 3

Nach Artikel 3 genießen Kapitalanlagen vollen Schutz und Sicherheit. Enteignungen sollen nur zum allgemeinen Wohl und nur gegen wertgleiche Entschädigung, die tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein muß, zulässig sein. Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung sind ordentlichen Gerichtsverfahren vorbehalten. Unter den Begriff der Enteignung fallen nach Protokollziffer 2 auch enteignungsgleiche Maßnahmen und Verstaatlichungen. Soweit Kapitalanlagen infolge von Krieg, Revolution oder Aufruhr Schaden leiden, genießen die Geschädigten hinsichtlich etwaiger Rückerstattungen oder Entschädigungen Inländerbehandlung und Meistbegünstigung; hinsichtlich des Transfers von Entschädigungen genießen sie Meistbegünstigung. Nach Absatz 4 gelten diese Grundsätze auch für die Erträge von Kapitalanlagen.

Zu Artikel 4

Artikel 4 gewährleistet den Transfer des investierten Kapitals, seiner Erträge und im Falle der Liquidation des Liquidationserlöses. Dieser Grundsatz unterliegt im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in Griechenland nach Protokollziffer 3 gewissen Einschränkungen.

Zu Artikel 5

Diese Bestimmung trägt den besonderen, aus den Gewährleistungsbestimmungen der Bundesrepublik sich ergebenden Forderungen Rechnung. Sie setzt die Bundesregierung, wenn sie auf Grund einer Gewährleistung für eine im Ausland vorgenommene Kapitalanlage in Anspruch genommen wird, in die Lage, die auf sie übergegangenen Rechte des Kapitalanlegers im Namen der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 legt fest, daß Transferierungen im Rahmen dieses Vertrages unverzüglich zu erfolgen haben, und zwar zu dem Kurs, der nach den Bestimmungen des Internationalen Währungsfonds für laufende Geschäfte gilt, soweit die Beteiligten nicht eine, erforderlichenfalls genehmigte, abweichende Regelung getroffen haben. Dabei ist die im Abkommen über den Internationalen Währungsfonds zugelassene Schwankungsbreite oberhalb und unterhalb der festgestellten Parität zu berücksichtigen. Sofern im Zeitpunkt der Transferierung ein Umrechnungskurs nach den Bestimmungen des IWF nicht besteht, z. B. weil eine der beiden Vertragsparteien aus dem IWF ausgetreten ist, ist der im Verhältnis zum US-Dollar, zu einer anderen konvertierbaren Währung, zum Gold festgelegte Kurs oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, ein gerechter und billiger Kurs anzuwenden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 regelt das Verhältnis der Bestimmungen dieses Vertrages zu anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen und innerstaatlichen Rechtsvorschriften, die jeweils unberührt bleiben sollen, soweit sie den Kapitalanlagen der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung gewähren als der vorliegende Vertrag.

Von besonderer Bedeutung ist Satz 2, der jede Art von Verpflichtung, die eine Vertragspartei in bezug auf eine Kapitalanlage der anderen Vertragspartei übernommen hat, z. B. im Wege einer Konzession oder einer privatrechtlichen Vereinbarung, unter den Schutz des vorliegenden Vertrages stellt.

Nach der Regelung in Protokollziffer 5 gelten die Bedingungen des innerstaatlichen Rechts für Kapitalanlagen in Griechenland, die nach den dort geltenden Bestimmungen genehmigt worden sind, weiter.

Zu Artikel 8

Artikel 8 enthält Definitionen der Ausdrücke „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“.

Zu Artikel 9

Nach Artikel 9 gelten die Bestimmungen des Vertrages auch für Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Anlagelandes vor dem Inkrafttreten des Vertrages vorgenommen worden sind. Auf Kapitalanlagen, die vor dem 1. Januar 1954 in Griechenland vorgenommen wurden, findet der Vertrag nach der Protokollziffer 7 keine Anwendung; auf die übrigen bis zum Inkrafttreten des Vertrages dort vorgenommenen Kapitalanlagen findet der Vertrag Anwendung, wenn die griechische Regierung hierzu ihr Einverständnis erklärt.

Zu Artikel 10

Artikel 10 soll klarstellen, daß die im Rahmen des Vertrages gewährte Inländerbehandlung auf Grund der Tatsache zugesichert wird, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Zu Artikel 11

Artikel 11 berechtigt jede Vertragspartei, im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrages, soweit diese durch diplomatische Verhandlungen nicht beigelegt werden können, im Einverständnis mit der anderen Vertragspartei den Internationalen Gerichtshof oder — falls ein solches Einverständnis nicht vorliegt — ein von den Vertragsparteien zu bildendes Schiedsgericht anzurufen. Der Artikel regelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts und die für das Schiedsverfahren geltenden Grundsätze.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Klausel über die völkerrechtliche Einbeziehung des Landes Berlin.

Zu Artikel 13

Artikel 13 regelt Inkrafttreten, Dauer und Beendigung des Vertrages. Die Mindestlaufzeit des Vertrages beträgt 10 Jahre; eine automatische Verlängerung ist vorgesehen. Nach Außerkrafttreten des Vertrages genießen die bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen Kapitalanlagen noch für weitere 20 Jahre den im Vertrag festgelegten Schutz.

ZUM PROTOKOLL

Das Protokoll enthält in 8 Ziffern Erläuterungen und bindende Auslegungsvorschriften zu dem Vertrage. Abgesehen von den unter den Artikeln 2, 3, 4, 7 und 9 bereits erwähnten Bestimmungen enthält es

in Ziffer 4 eine Klarstellung des Ausdrucks „unverzüglich“ im Zusammenhang mit den in Artikel 6 vereinbarten Transferverpflichtungen

in Ziffer 8 eine Bestimmung über die Feststellung der Staatsangehörigkeit einer natürlichen Person.

ZU DEN BRIEFWECHSELN

Briefwechsel 1

enthält die Zusicherung der griechischen Regierung, in besonders begründeten Fällen Anträge deutscher Kapitalanleger zu weitergehenden Überweisungen von Liquidationserlösen als in Protokollziffer 3 vorgesehen wohlwollend zu prüfen.

Briefwechsel 2

bestimmt, daß deutsche Kapitalanlagen in Griechenland einer Genehmigung bedürfen. Wenn die griechische Regierung in einem von ihr zu regelnden Verfahren feststellt, daß die Kapitalanlage zu den von dem Kapitalanleger vorgeschlagenen Bedingungen die Förderung der Produktion bezweckt oder in sonstiger Weise zum wirtschaftlichen Fortschritt des Landes beiträgt, wird die Genehmigung erteilt werden.

Briefwechsel 3

legt unter Bezugnahme auf den Niederlassungs- und Schiffsverkehrsvertrag vom 18. März 1960 die Grundsätze des freien Wettbewerbs auch für die Beteiligung der Seeschifffahrt an der Beförderung von Kapitalanlagegütern im Sinne dieses Vertrages fest.